

Steuerkonzept der Zukunft! Attac-Tagung zur Steuergerechtigkeit



Österreich wird jedes Jahr um zwei Prozent reicher. Wir könnten uns daher jedes Jahr mehr Sozialstaat leisten. Trotzdem wird im Sozialbereich überall gekürzt, gespart und zugesperrt. Wie passt das zusammen?

Eine Erklärung dafür liegt bei den Steuern. Mit Steuern wird unser Sozialstaat finanziert - sie sind ein wichtige Instrument bei der Gestaltung einer gerechten Gesellschaft. Allerdings wird das Steuersystem immer ungerechter.

Ein wichtiger Grund dafür ist der globale Steuerwettbewerb: Staaten konkurrieren darum, mobiles Kapital und internationale große Unternehmen immer geringer zu besteuern. Damit tragen ausgerechnet die, die am meisten haben, immer weniger zum Steueraufkommen bei. Und ArbeiterInnen und Angestellte zahlen mehr.

Unser Steuersystem unterliegt keinem Sachzwang - es ist politisch gestaltbar. Verschiedene Möglichkeiten, ein gerechtes Steuersystem zu gestalten, Alternativen im nationalen, europäischen und globalen Steuersystem bilden den thematischen Fokus der Tagung!

In Kooperation mit: Renner Institut, Grüne Bildungswerkstatt Wien und Katholische Sozialakademie Österreichs

Alternativen zu Steuerwettbewerb und steigender Armut



(Wien, 6.11.2005) Mehr als 80 Personen nahmen an einer Fachtagung von Attac Österreich über Alternativen zu Steuerwettbewerb, Flat Tax und Steuergerechtigkeit teil. ExpertInnen aus der Slowakei, Deutschland, der Schweiz und Österreich entwickelten gemeinsam mit den AktivistInnen zahlreiche Lösungsansätze. "Mit Steuergerechtigkeit und globalen Steuern gibt es zwei Instrumente zur Korrektur der gegenwärtigen Schieflage der Globalisierung. Die Politik muss sie nur genauso beherzt umsetzen, wie sie den Kapitalverkehr liberalisiert oder die WTO geschaffen hat", so Nonno Breuss, Steuergerechtigkeitsexperte von Attac Österreich.

Schritt eins: Beendigung des Steuerwettbewerbs in der EU durch die Harmonisierung von Bemessungsgrundlagen und Steuersätzen bei den Unternehmensgewinnen (Mindestsatz 30%) sowie durch lückenlosen Informationsaustausch bei Vermögen und Kapitaleinkommen, damit diese in den Herkunftsländern der gerechten Besteuerung unterzogen werden können. In diesem Punkt ist Österreich aufgefordert, seine "Extrawurst-Regelung" innerhalb der EU aufzugeben und sich dem System der automatischen Kontrollmitteilungen anzuschließen.

Schritt zwei: Schließung aller Steueroasen. "Nicht die Industrieländer hängen von den Steueroasen ab, sondern die Steueroasen von den Industrieländern", so Breuss. Wenn der Wille vorhanden ist, können Oasen sofort zur Kooperation gezwungen werden. Andernfalls muss der Kapitalverkehr zu ihnen eingeschränkt werden, in beiden Fällen wäre das Problem gelöst.

Schritt drei: Die Verhinderung von Steuervermeidung durch Unternehmen. "Die rein bilanzielle Verschiebung von Unternehmensgewinnen in Drittländer kann durch die konsequente Anwendung des Wohnsitzlandsprinzips verhindert werden", so die deutsche Steuerexpertin Nicola Liebert. Wenn Doppelbesteuerungsabkommen nach der Anrechnungsmethode ausgestaltet werden und nicht nach der Freistellungsmethode, nützt die Verschiebung von Gewinnen in Niedriglohnländer nichts mehr, weil die Differenz im Herkunftsland nachbezahlt werden muss. Die Verlegung des Firmensitzes - als Ausweg aus dieser "Zange" - kann wiederum durch das Prinzip der "realen Anteilssteuer" (engl. unitary taxation) verhindert werden. Besteuert wird demnach die reale Geschäftstätigkeit eines Konzerns in einem Land - gemessen an Kapitaleinsatz, Beschäftigung und Umsatz - besteuert, unabhängig davon, wo der Firmensitz ist.

Abschließend plädierte Peter Wahl von WEED Deutschland für globale Steuern auf globale wirtschaftliche Aktivitäten (Finanztransaktionen), Ressourcen (Kohlenstoff) oder öffentliche Güter (Meeresengen, erdnahe Weltraum). Globale Steuern sollten für globale Ziele eingesetzt werden wie die Millenniumsziele der Vereinten Nationen. Die Halbierung der Armut bis 2015, eines der Ziele, hat unter den aktuellen Bedingungen keine Aussicht auf Erfolg. "Daher braucht es Steuergerechtigkeit und globale Steuern. Die Lösungsvorschläge liegen auf dem Tisch. Jetzt ist die Politik aufgerufen, ihrer zunehmend globalisierungskritische Rhetorik auch Taten folgen zu lassen", so Breuss abschließend.

Für Steuergerechtigkeit und globale Steuern

Seit mehr als zwanzig Jahren führen finanzielle Deregulierung und der freie Verkehr des Kapitals zu einer Entwicklung des Finanzsektors ohne Präzedenzfall. Diese ist von finanziellen und monetären Krisen begleitet worden. Der spekulative Kapitalverkehr, die Flüchtigkeit der Währungen und die Kapitalflucht destabilisieren weltweit zahlreiche Ökonomien. Dies hat durch das weltweite Finanzsystem zahlreiche Risiken aufgebaut. Mit beträchtlichen Folgen für die Bevölkerungen, was z.B. die Probleme der Schuldentilgung betrifft. Die Folgen sind strenge Programme und Privatisierungen öffentlicher Dienstleistungen durch den IWF und die Weltbank. Bis heute konnte keine zusammenhängende Politik der Reduzierung der Armut im Rahmen einer neo-liberalen weltweiten Wirtschaft begonnen werden. Der Misserfolg im Jahre 2015 die Milléniums-Ziele zu erreichen (das heißt die Reduzierung Armut um die Hälfte), musste deutlich festgestellt werden.



Errichten wir globale Steuern!

Ein Vorschlag um die Entwicklung durch eine Besteuerung teilweise über die Wechselkurstransaktionen zu finanzieren (sogenannte Tobin-Spahn-Steuer), ist kürzlich durch die französischen und belgischen Parlamente angenommen worden. Sie benötigt schnell eine Unterstützung von jedem der anderen europäischen Staaten, um wirksam zu werden. Diese globale Steuer würde eine Bremse hinsichtlich der finanziellen Spekulation, ein Instrument finanzieller Stabilität sowie eine Neuverteilung zugunsten der Entwicklungsländer bilden. In derselben Zeit hat sich der fiskalische

Wettbewerb zwischen den Staaten intensiviert, insbesondere was die Kapital- und die Einkommensbesteuerung betrifft. Dieser Wettbewerb "in Richtung der geringsten Steuern" bewirkt Unternehmensverlegungen und entzieht den Einnahmen, die für die Entwicklung öffentlicher Dienste notwendig sind, für sozialen Schutz oder für der Schuldentilgung. In den Entwicklungsländern hat das Fehlen von wirksamen fiskalischen Neuverteilungsinstrumenten diese angreifbarer gegenüber Erpressungen oder dem Druck der ausländischen Investoren und der transnationalen Gesellschaften gemacht. Europa entgeht diesem Wettbewerb nicht, der dem Steuer- und Sozialdumping durch die Erweiterung des gemeinsamen Marktes auf 25 Tür und Tor öffnet und Europa immer mehr von einem Integrationsmodell entfernt,

das auf der Harmonisierung und der Zusammenarbeit beruht. Die Zukunft unserer Gesellschaften beruht auf der Solidarität und der Gerechtigkeit. Ohne Steuergerechtigkeit gibt es keine soziale Gerechtigkeit! Eine gerechte Steuer bedeutet weniger Armut, wie es die skandinavischen Staaten beweisen.

Die Geldwäsche und die Steuerhinterziehung sind keine Randphänomene mehr!

Wir fordern die Abschaffung der Steuer- und Justizparadiese. Wie kann es ignoriert werden, dass deren Zahl Mitte der siebziger Jahre bei 25 waren und dass der IWF davon heute mehr als 60 kennt, durch die die Hälfte der Finanzströme des weltweiten Handels im Transitverkehr geleitet wird, und wo die bilanzierten Aktiva sich auf 11.000 Milliarden Dollar belaufen, während diese Territorien nur 3% des weltweiten BIP darstellen? Wie kann es ignoriert werden, dass sich sogar innerhalb des europäischen Kontinent ein Dutzend Steuerparadiese befinden, darunter die Schweiz und Luxemburg, aber auch die englisch-normannischen Inseln, Gibraltar, Malta, Zypern, Liechtenstein, Monaco und Andorra?

WARUM HANDELN?

Die Steuerparadiese führen zur Trockenlegung der Steueraufkommen der Länder des Nordens wie des Südens. In Anbetracht ihrer geringeren Fläche und Bevölkerung können sie stillschweigend Steuersenkungen praktizieren, während die Länder des Nordens wie des Südens gezwungen sind, die Steuerfreistellungen zu vervielfachen. Nach den freundlichsten

Schätzungen, welche die Kapitalflucht noch nicht einmal berücksichtigt, belaufen sich die Kosten dieser Plage für die Länder der südlichen Hemisphäre auf 50 bis 70 Milliarden Dollar!

Die Steuerparadiese sind eine Blackbox für die transnationale Kriminalität, indem sie mehrere Instrumente kombinieren, die fähig sind, den Ursprung der Fonds und zu verschleiern, und indem die sich weigern, mit der internationalen Gemeinschaft hinsichtlich fiskalischer und polizeilicher Ermittlungen zusammen zu arbeiten. Sie bieten so einen bevorzugten Schnittstellenraum zwischen der Welt der legitimen finanziellen Transaktionen und dem Geld aus krimineller Tätigkeit an. Sie tragen durch ihre bloße Existenz zur internationalen Bestechung und zur Entwicklung der verbrecherischen, terroristischen und mafiösen Netze bei.

Die Steuerparadiese sind verantwortlich für einen unlauteren Wettbewerb und verstärken so das Risiko weltweiter finanzieller Krise, da sie erlauben, die Qualität der Bilanzen und der Rechnungslegung multinationaler Gesellschaften zu verfälschen.

WIE HANDELN?

Der Europäische Rat trifft sich unter dem luxemburgischen Vorsitz am 16. und 17. Juni 2005 in Brüssel. Er muss die Europäische Kommission auffordern, die Texte auszuarbeiten, um folgendes zu ermöglichen:

- Das Einfrieren aller finanziellen Beziehungen mit den nicht kooperativen Territorien, das heißt, die rein virtuell die internationale gerichtliche Zusammenarbeit ablehnen oder anwenden, indem sie sich auf das Bankgeheimnis stützen. Die Staaten der Union müssen die Verabschiedung einer europäischen Richtlinie fördern, die jeder europäischen Bankverbietet, sich dort niederzulassen, sich dort zu halten, oder dort finanzielle Beziehungen beizubehalten.
- Das Sicherstellen der Rückverfolgbarkeit der Fondsbewegungen und die Kontrolle der Kompensationsgesellschaften. Die Anonymität, die für die finanziellen Transaktionen gefordert wurde, darf sich nicht der Mitteilung an die Magistrate, der gerichtlichen Polizei, den Zöllen und den Steuerverwaltungen der Identität der Auftraggeber und der Empfänger gemäß der Erklärung von Paris widersetzen. Die Prüfungsmittel und die Rechtshilfe müssen verstärkt werden.
- Die Sicherstellung des Austauschs automatischer und systematischer Informationen bzgl. Steuern zwischen der Bank oder dem Finanzinstitut, das im Auftrag eines nicht ansässigen Kunden Zinsen erhält oder Kapitalgewinne

feststellt, und das so die zuständigen Behörden des Staates unterrichten muß, wo der Eigentümer des besagten Kontos wohnt.

2. Informations- und Diskussionsabend „FAIR STEUERN!?“

Steuern sind ein Instrument zur Gestaltung der Gesellschaft. Aus dem Steueraufkommen werden die Leistungen für das Gemeinwohl finanziert? soziale Sicherungssysteme und Infrastruktur. Die faire Beteiligung aller Mitglieder einer Gesellschaft am Steueraufkommen ist Voraussetzung einer gerechten Gemeinwohlfinanzierung: steuerliche Gleichbehandlung von Vermögen, Arbeit- und Kapitaleinkommen, Beendigung des Standortwettbewerbs und des Steuerdumpings durch einheitliche Bemessungsgrundlagen und Gewinnsteuersätze für Unternehmen.

veranstaltet von der Marktgemeinde Guntramsdorf und der ATTAC-Regionalgruppe Guntramsdorf / NÖ-Süd

Zeit: Mittwoch, 30. November 2005, 19.00 Uhr

Ort: Rathaus Guntramsdorf, 2353 Guntramsdorf, Rathausplatz1

Eintritt frei!

Programm

Einführung und Video

„Kassenkampf“ - Steuergerechtigkeit statt leere Gemeindetöpfe?

Sybill Pirklbauer / ATTAC-Steuer-Inhaltsgruppe, Referentin der AK-Wien, Abteilung Frauen ? Familie

Gestaltungsgrundsätze eines Gemeindebudgets

Mag. Michael Faikes, Stv. Amtsleiter der Marktgemeinde Guntramsdorf

Fair steuern? Beteiligungsmöglichkeiten der Gemeinden

Publikumsdiskussion mit den ReferentInnen

Zusammenfassung und Schlusswort

Mag. Andreas Frank

Ende der Veranstaltung: ca. 21.00 Uhr

Anschließend kleines Buffet auf Einladung der Marktgemeinde Guntramsdorf